

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser!

Meine Einschätzung in der Erwiderung auf die Regierungserklärung des sächsischen Ministerpräsidenten zur Energiepolitik, Herr Tillich sei im Schlafwagen unterwegs, während andere bereits im Schnellzug sitzen, wurde schon nach wenigen Tagen von unerwarteter Seite bestätigt: Während Tillich vom Atomausstieg als Generationenaufgabe sprach, also offenbar mindestens 30 Jahre veranschlagt, soll nach dem Willen von Ethikkommission und Bundesregierung binnen zehn Jahren Schluss sein.

Ähnlich zeitlich abgeschlagen ist Sachsens Regierungschef bei der Perspektive für die Braunkohle: Die Grünen wollen sich bis 2030 vom Braunkohle-Tagebau verabschieden, DIE LINKE bis 2040 und die SPD bis 2050. Der CDU-Ministerpräsident setzt dagegen noch länger auf Kohle als Energielieferant und fordert gar den Ausbau der Braunkohle-Verstromung. Wir haben uns beim Thema Kohle für die Goldene Mitte entschieden, denn hierbei sind strukturpolitische Fragen zu berücksichtigen: Die Zahl der Arbeitsplätze insbesondere in der Energiewirtschaft der Lausitz und im Südraum Leipzig darf nicht abnehmen, sondern muss wachsen – durch schrittweise Verlagerung von der Braunkohleindustrie in den Bereich der erneuerbaren Energien.

Ein „EnergieLand Sachsen – solide, nachhaltig und innovativ“ (Überschrift der Regierungserklärung) wird es nur geben, wenn Tillichs energiepolitischer Schlafwagen aufs Abstellgleis gestellt wird. Schon jetzt ist Sachsen im Bundesländervergleich bei der Nutzung erneuerbarer Energien ins hintere Mittelfeld zurückgefallen. Daran ändert sich nur was, wenn den Regierenden in Sachsen bald ein Licht aufgeht ...

Dr. André Hahn
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Für Tillich ist „Energiewende“ ein Fremdwort

Spätestens seit Fukushima ist klar, dass wir unsere Energieversorgung umstellen müssen. Diesen Wandel einzuleiten, ist zuallererst Aufgabe der Staatsregierung. Daher wurde die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum Thema „EnergieLand Sachsen – solide, nachhaltig und innovativ“ mit Spannung erwartet.

Die Chance, endlich konkrete Aussagen über die energiepolitische Zukunft des Freistaates zu treffen, nutzte Tillich allerdings nicht. Allerlei Selbstlob und wohlklingende Phrasen ließen die Erklärung zu einer peinlichen Demonstration der energiepolitischen Ideen- und Konzeptlosigkeit der Staatsregierung geraten. So brüstete sich Tillich damit, „schon 2006 angemerkt“ zu haben, dass „in 100 Jahren die Energieversorgung in Sachsen ausschließlich aus erneuerbaren Energien realisiert“ würde. Das sei alles andere als ambitioniert, erwiderte der LINKE Fraktionschef André Hahn: „Kennen Sie eigentlich das Energiekonzept der Bundesregierung, nachdem bereits 2050, also in 39 Jahren, 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien kommen soll?“. Sogar das ebenfalls schwarz-gelb regierte Bayern plant bis 2020 den Atomausstieg, die Energie soll dann jeweils zur Hälfte aus erneuerbaren Energien und aus Gaskraftwerken kommen. Davon ist Sachsen noch sehr weit entfernt. Im Länderranking belegt der

Freistaat hinsichtlich der Nutzung erneuerbarer Energien nur den 11. Platz. „Das ist weiß Gott kein Ruhmesblatt“, stellte André Hahn fest.

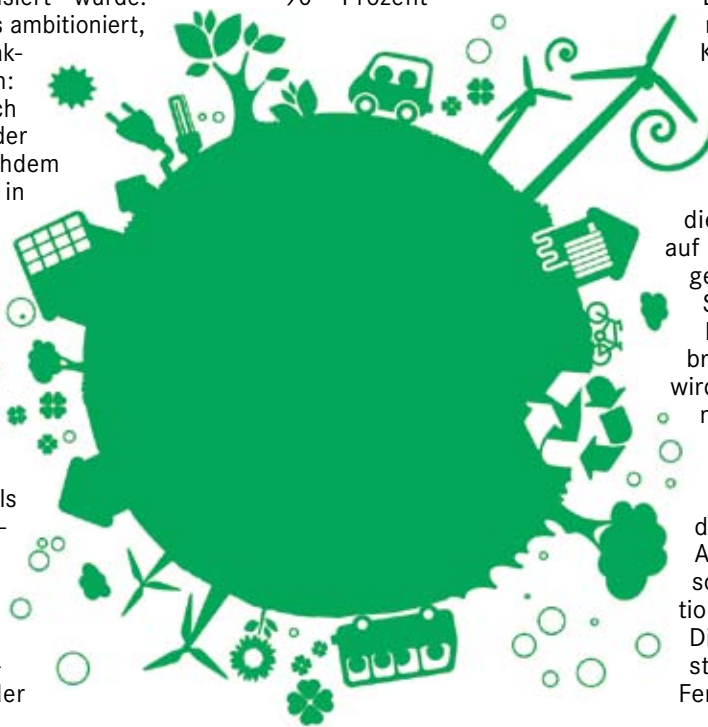
Sachsen verfügt noch immer nicht über ein zeitgemäßes Energiekonzept. Der Aktionsplan „Klima und Energie“, von Tillich in hohen Tönen gelobt, beschreibt lediglich, was ohnehin schon getan wird. Einen langfristigen Umbau der sächsischen Energieversorgung sieht er nicht vor. Angesichts des nahenden Atomausstiegs setzt die Staatsregierung nicht etwa auf erneuerbare Energien, sondern auf die Braunkohleverstromung. Der Ministerpräsident lobte die sächsischen Braunkohlekraftwerke für ihren Wirkungsgrad von 43 Prozent – dieser sei „weltweit Spitze“. Dass Gaskraftwerke in Verbindung mit Kraft-Wärme-Kopplung bis zu 90 Prozent

Wirkungsgrad erreichen können und sich nicht zuletzt deshalb besser als „Brückentechnologie“ eignen, war Tillich augenscheinlich nicht bekannt.

Die LINKE steht für eine andere Energiepolitik. Wir setzen realistische Ziele und fordern von der Regierung konkrete Klimaschutzmaßnahmen ein! André Hahn erneuerte in der Debatte die Forderung der LINKEN nach einem Ausstieg Sachsens aus der Braunkohleverstromung bis 2040. Denn Braunkohlenutzung und erneuerbare Energien sind – wie auch die energiepolitische Sprecherin der LINKEN, Monika Runge, bemerkte – „systemisch nicht kompatibel“. In einem Entschließungsantrag (Drs 5/5899) forderte die Fraktion DIE LINKE von CDU und FDP ein aktuelles und zukunftsfähiges Energieprogramm sowie einen Energiegipfel.

Die Staatsregierung sollte regionale Energie- und Klimaschutzkonzepte und insbesondere bürgerreine Anlagen, die erneuerbare Energien nutzen, privilegieren. Auf Bundesebene sollte die Staatsregierung darauf hinwirken, dass die Preisgenehmigungspflicht für Stromtarife privater Verbraucherinnen und Verbraucher wieder eingeführt wird. Denn die Energiewende muss mit sozial verträglichen und bezahlbaren Strompreisen bewältigt werden. Das Preisdiktat der Konzerne muss fallen! An diesen sinnvollen Vorschlägen zeigte die Koalition allerdings kein Interesse. Die Energiewende im Freistaat bleibt so in weiter Ferne.

Grafik: guukaa © www.fotolia.de



EKD-Ratsvorsitzender bei den LINKEN zu Gast

Beim Empfang der Fraktionen DIE LINKE des Bundestages und des Sächsischen Landtages anlässlich des Kirchentages begrüßten die Fraktionsvorsitzenden Gregor Gysi, Bodo Ramelow und André Hahn auch Nikolaus Schneider, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche (EKD) in Deutschland (v.r.n.li.); Prof. Konrad Raiser, ehemaliger Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen; sowie Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrates der Muslime. Dass der EKD-Ratsvorsitzende erstmals bei den LINKEN zu Gast war, ist ein überaus bedeutsames und zugleich politisch wichtiges Zeichen, so Dr. André Hahn.



Foto: CM

Wird Pflege selbst zum Pflegefall?

Tipp: Broschüre „Pflegekollaps verhindern!“, Download unter www.linksfraktionsachsen.de

Die Fraktion DIE LINKE hat der Öffentlichkeit eine Studie „Pflegekollaps verhindern – zur Situation und Perspektive der Pflege in Sachsen“ vorgestellt, erarbeitet vom **Sozialexperten der Fraktion, Dr. Dietmar Pellmann**. Die Zahl der Pflegebedürftigen stieg in Sachsen allein zwischen 2001 und 2009 um zehn Prozent, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung um 14 Prozent an. Trotzdem hat die Staatsregierung ihre Verantwortung für die soziale Daseinsvorsorge in der Pflege völlig aufgegeben. Das belegen das Auslaufen der staatlichen Investitionsförderung im Pflegebereich Ende 2002 und das blinde Vertrauen in die Kräfte des Marktes ausgerechnet in diesem sensiblen Bereich, kritisierte Fraktionsvorsitzender Dr. André Hahn. Wenn die Staatsregierung nicht umgehend und kreativ handelt, droht ein Pflegenotstand. Dr. Pellmann erläuterte als Konsequenz ein „8-Punkte-Sofortprogramm als Handlungsauftrag an die Staatsregierung“:

» Wahrnehmung der Verantwortung für die Daseinsvorsorge im Pflegebereich nach SGB XI durch Erarbeitung einer fundierten Analyse (Pflegereport), Erstellung einer präzisen Prognose, eines Bedarfsplanes und eines umfassenden Landespflegegesetzes.



» Eintreten für die Angleichung der Löhne des Pflegepersonals in Sachsen an das Niveau der alten Bundesländer, insbesondere durch bundesweit einheitlichen Mindestlohn.

» Beitrag zur wesentlichen Erhöhung des gesellschaftlichen Stellenwertes der pflegerischen Berufe, um keine weitere Absenkung des Fachkräfteanteils zuzulassen.

» Einführung einer Ausbildungsmulde für jene Leistungsanbieter, die selbst nicht ausbilden, um bis-

herige Ungerechtigkeiten zu überwinden.

» Ende des umstrittenen Sonderweges „Pflegenetz“, Aufbau von Pflegestützpunkten, die eine unabhängige Beratung der Pflegebedürftigen und Angehörigen sichern.

» Gewährleistung jährlicher Kontrollen der stationären und ambulanten Pflegeanbieter durch staatliche Heimaufsichtsbehörden und deren erhebliche personelle Aufstockung.

» Bereitstellung von Zuschüssen für demografisch besonders benachteiligte Kommunen im Sinne eines sozialen Lastenausgleichs spätestens mit dem Doppelhaushalt 2012/2013, um Pflegebedürftigen eine wohnortnahe und gute Betreuung zu gewährleisten.

» Einberufung eines Runden Tisches „Pflege in Sachsen“, zu dem Kostenträger, Leistungsanbieter, Gewerkschafter, Vertreter von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen sowie Wissenschaftler zur Mitwirkung eingeladen werden.

Mehr Referendare allein genügen nicht!

Kaum einen Tag nach der Aussprache zum Antrag der Fraktion DIE LINKE (Drs 5/4034) zum Lehramtsstudium in Sachsen sagte der Ministerpräsident mehr als 800 zusätzliche Referendariatsstellen für 2011 und 2012 zu. Wo das Geld dafür herkommen soll, ist aber offen. Nötig wären 1.500 Stellen pro Jahr, so **Bildungsexpertin Cornelia Falken**.

Die Probleme sind hausgemacht: Noch immer dauern die Auseinandersetzungen um die Lehramtsstudiengänge in Leipzig und Dresden an. Die Staatsregierung beschloss noch im Oktober 2010, die Studiengänge Grundschule/Mittelschule allein an der Uni Leipzig fortzusetzen. Nun folgt die sogenannte Weiterentwicklung der Lehrerausbildung: Von den Bachelor- und Masterabschlüssen soll zum Staatsexamen zurückgekehrt werden, Teile der Lehrerausbildung von der Uni Leipzig wieder nach Dresden zurückkehren. Die Regelstudienzeiten werden für die Grundschule auf acht Semester, für die Mittelschule auf neun Semester verkürzt, für alle übrigen Lehrämter auf zehn Semester. Damit besteht die Gefahr der Anerkennung von Abschlüssen und einer unterschiedlichen Bezahlung von Lehrerinnen und Lehrern! Studierenden, die zum Staatsexamen wechseln wollen, droht der Verlust ihrer BAFöG-Zahlungen.

DIE LINKE fordert seit Jahren ein Personalentwicklungskonzept, weder unter der Großen Koalition, noch unter CDU-Alleinherrschaft oder unter Schwarz-Gelb kam es zustande. Unser Antrag (Drs 5/5584) zur Behebung des drohenden Lehrernotstandes liegt seit April 2011 auf dem Tisch – wir fordern mindestens 15 Mio. Euro pro Jahr mehr als im Doppelhaushalt ausgewiesen ist! Damit wäre langfristig die Ausbildung von ausreichendem Lehrernachwuchs machbar. Denn bis 2030 gehen fast 75 % der heutigen Lehrerschaft in den Ruhestand.

Alternative: Kindergrundsicherung

Man wolle vermeiden, dass eine neue Generation von Benachteiligten aufwachse, und alle sollten die gleichen Bildungs- und Entfaltungsmöglichkeiten erhalten, zitierte **Annekatri Klepsch, Sprecherin für Kinder- und Jugendpolitik und Soziokultur der Fraktion DIE LINKE**, während der aktuellen Debatte auf Antrag der LINKEN zur Umsetzung des Teilhabe- und Bildungspakets, die Bundesfamilienministerin.

Diese Aussage von der Leyens liegt nun sechs Jahre zurück. Inzwischen wurde das „Teilhabe- und Bildungspaket“ präsentiert – die größte Mogelpackung seit Hartz IV. Es greift in kommunale Unterstützungssysteme ein, trägt aber nicht zur Verbesserung der Lage der Betroffenen bei. So wird Geld für Leistungen bereitgestellt, die die Kommunen teilweise schon selber finanzieren – wie das kostenfreie Mittagessen. Dafür müssen die Kommunen von den Eltern jetzt plötzlich einen Euro pro Mahlzeit verlangen.

Das Chaos ist groß: Die Staatsregierung ist ein „toter Briefkasten“, zur ganzen Problematik hat sie nichts zu sagen. Die Regelungslücken muten unheimlich an, die Kommunen und Landkreise stecken ratlos im Paragraphen-Dschungel fest. Über 50 Einzelfragen harren einer Umsetzung in Verordnungen. Muss man mit einer Klageflut rechnen, weil Familien –

besser die Kinder und Jugendlichen – plötzlich doch nicht anspruchsberechtigt sind? Welche Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben kann man wie beantragen?

In Chemnitz gibt es nur 5.500 Anträge bei 15.000 Berechtigten, in Dresden sind es 6.200 Anträge bei 20.500 Berechtigten, in Leipzig gar nur 5.300 Anträge bei 29.000 Berechtigten. Im Vogtlandkreis stellten von 12.000 Berechtigten nur 2.500 einen Antrag, im Landkreis Zwickau bei 15.000 Berechtigten nur 1.500. Gegenwärtig liegt die Inanspruchnahme der Leistungen nur bei 6 bis 30 Prozent, bilanzierte

MdB Katja Kipping nach der „Dialog- und Sozialtour“ von Bundestags- und Landtagsabgeordneten der LINKEN.

Das Teilhabe- und Bildungspaket muss schneller umgesetzt werden, daran führt kein Weg vorbei. Es ist Aufgabe des Sozialstaates, allen Kindern Zugang zu Bildung zu gewähren und ihnen die Möglichkeit zu geben, durch Bildung aus dem Armutskreislauf herauszukommen, so **Heike Werner, familienpolitische Sprecherin der LINKEN**. Diese haben darüber hinaus ein alternatives Konzept: Das heißt Kindergrundsicherung.



Zurück zur einheitlichen Sparkassenlandschaft!

Der Landtag hat einen Gestaltungsanspruch für die Sparkassenlandschaft im Freistaat - und den Auftrag, einen Rahmen zu setzen, in dem die Sparkassen erfolgreich wirtschaften können. Als Gesetzgeber trägt er die Verantwortung für 14 Sparkassen mit 651 Geschäftsstellen, fast 10.000 Mitarbeitern sowie einem Bilanzvolumen von 40 Milliarden Euro, so der **haushalts- und finanzpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Sebastian Scheel**.

Sachsen ist allerdings das einzige Bundesland, das bis heute eine gesplante Sparkassenlandschaft hat. Im März 1999 wurde der Sachsen-Finanzverband ins Leben gerufen, weil der Zusammenschluss zwischen Sparkasse und Landesbank Sachsen nicht zustande kam. Damit wurde die Sparkassenlandschaft geteilt. Auf der einen Seite standen Sparkassen, die Mitglied des Sachsen-Finanzverbandes sind, auf der anderen Seite Sparkassen, die unabhängig vom Verband agieren. Der Sparkassenverband scheiterte kurze Zeit darauf am Volksentscheid „Pro kommunale Sparkasse“, dem ersten und einzigen erfolgreichen Volksentscheid in Sachsen. Per 15. März 2001 hatte somit dieser Sachsen-Finanzverband seine Recht-

mäßigkeit verloren. Doch statt ihn aufzulösen, gründete der Landtag eine Sachsen-Finanzgruppe und verschmolz diese mit dem Sachsen-Finanzverband. 2001 sagte der damalige Staatsminister Dr. de Maiziere: „Wir halten an dem Ziel fest, mit dem Sachsen-Finanzverband eine bessere Kundenbetreuung zu erreichen, die Mittelstandsförderung zu gewährleisten und Arbeitsplätze in Sachsen zu sichern. Wir wollen eine Konsenslösung unter Einbeziehung möglichst vieler Beteiligten.“ Daran wurde nichts, denn 2007 scheiterte die Sachsen-Finanzgruppe erneut - diesmal am Markt, weil sich die Landesbank dort verspekuliert hatte. Spätestens mit dem 1. April 2008, mit dem Übergang der Landesbank Sachsen an die Landesbank Baden-Württemberg, war die Geschäftsgrundlage dieser Sachsen-Finanzgruppe erledigt. 2009 haben die kommunalen Vertreter in der Anteilseignerversammlung der Sachsen-Finanzgruppe klar artikuliert: Finanzgruppe auflösen, notfalls den Freistaat hinauswerfen! Der Landtag steht nun erneut vor der Frage, wie diese Finanzgruppe aufzulösen ist. Seit der Kreisgebietsreform gibt es in manchen Landkreisen zwei Sparkassen. Das



© Katharina Wieland Müller / PIXELIO

Prinzip „maximal eine Sparkasse pro Kreis“ muss endlich wieder ins Recht gesetzt werden. Wir brauchen die Auflösung der Sachsen-Finanzgruppe so schnell wie möglich und mit einem festgelegten Termin! Nötig ist ein Auflösungsgesetz; eine

Rückabwicklung als offene Option und möglichst noch ohne Gesetzgeber ist mit der LINKEN nicht zu machen, so Sebastian Scheel. Ziel muss die Herstellung einer einheitlichen sächsischen Sparkassenlandschaft sein!

Auf Reisen in den hohen Norden

*Über eine Woche bereiste der Landtagsausschuss für Haushalt und Finanzen Skandinavien, konkret Finnland und Norwegen. Drei Fragen an die **Obfrau der LINKEN, Verena Meiwald**:*

Welche Beweggründe hatte der Ausschuss für diese Bildungsreise?

Für uns LINKE war sie ein Stück kritischer Zwischenbilanz bei der Umsetzung des Doppelhaushaltes 2011/12 in Sachsen. Knapp ein halbes Jahr nach der Haushaltsverabschiedung im Landtag haben dessen Befürworter noch keine schlüssigen Lösungen parat - weder für die haushaltspolitischen Konsequenzen aus der demografischen Entwicklung, noch für die nachhaltige Finanzierung der Daseinsvorsorge in strukturschwachen Gebieten oder für Strukturveränderungen und Aufgabenerweiterung der Kommunen bei Schule und Bildung.

Der Ausschuss wollte aber auch erfahren, wie andere Länder die Rücklagenbildung managen.

Was machen die Skandinavier anders oder besser als die Sachsen?

Bei der Ausfinanzierung des ländlichen Raumes verfügen sie über ein ganz ausgefeiltes System von Indikatoren, vor allem Norwegen. Damit können die Kosten, die die Kommunen durch die Übertragung von Aufgaben an sie aufbringen müssen, besser bewertet werden.

In beiden Ländern wird sehr verantwortungsbewusst und zielgerichtet Fondsvermögen angelegt, wie z.B. in Norwegen im sogenannten Pensionsfonds, in den steuerliche Erlöse der Vermarktung der wichtigsten Bodenschätze - Öl und Gas - fließen. Hier hat der Staat erkannt, dass die Bodenschätze des Landes echte „Schätze“ für das Land und die Menschen sind.

Ähnlich fortschrittlich ist das Bildungssystem: Der Pisa-Sieger Finnland überzeugt mit seinem Erfolg beim längeren gemeinsamen Lernen (Gesamtschule). Die Lehrer-

ausbildung ist top, der Lehrer in der Gesellschaft hoch geachtet. Wie dort die Kommunen Verantwortung für Schule und Lehrer - nicht nur finanziell - übernehmen, sollte auch in Sachsen Schule machen.

Tampere, seit 1961 Partnerstadt von Chemnitz, unternimmt immense Anstrengungen beim Strukturwandel, vergleichbar mit Chemnitz. Erfahrungen beim Aufbau neuer Industriezweige, beim Ausbau der Forschungslandschaft und der regionalen Infrastruktur sind genügend Lernstoff für uns Sachsen.



© Kerstin Dunst / PIXELIO



© Remo Kleiner / PIXELIO

Eine Reise soll sich lohnen - welche Initiative für das sächsische Parlament hat die LINKE im Reisegepäck?

Die Reise hat gezeigt, dass wir mit unserem Antrag „Lage und Entwicklung der Leistungsfähigkeit der sächsischen Kommunen und der sich daraus ergebende Anpassungsbedarf der kommunalen Finanzausgleichsinstrumente“ (Drucksache 5/5829) genau richtig liegen und dass wir uns auch in Sachsen verstärkt den struktur- und finanzschwachen Kreisen und Regionen - Beispiel Nordsachsen - zuwenden müssen.

Der Umbau der sächsischen Bildungslandschaft muss weiter gehen - insbesondere beim längeren gemeinsamen Lernen. Die Lehrerausbildung braucht neue Impulse. Modelle, die Verantwortung und Geld für Schulen und Lehrkräfte in vergleichbarer Weise an die Kommunen übertragen, sind zu prüfen. Für uns bleibt viel zu tun!

Die einfache Welt des Herrn F.

Angesichts der gewaltigen energiepolitischen Herausforderungen, die künftig auf den Freistaat zukommen werden, war schon die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten eine Blamage erster Güte. In der sich anschließenden Debatte setzte CDU-Fraktionschef Steffen Flath allerdings noch einen drauf. Die Rede Tillichs sei „in sich schlüssig“ gewesen und verdiene daher ein Kompliment, lobhudelte er unverhohlen und übergang brav, dass die schönen Worte der Regierungserklärung nicht über deren Inhaltsleere hinwegtäuschen konnten.

Flath selbst indes scheiterte schon an den schönen Worten. Fast unnötig zu erwähnen, dass auch er nichts Konkretes zur Energiedebatte beizutragen hatte; lieber spielte er seine Lieblingsrolle: Die des Kalten Kriegers. Dementsprechend nahm er vor allem die LINKE ins Visier und griff wieder einmal tief in die Mottenkiste der Geschichte: Die LINKE sei unglaublich würdig, wettete er; schließlich habe man zu DDR-Zeiten Energie vor allem aus Braunkohle gewonnen – mit fatalen Folgen.

Offenbar kennt Flath die Programmatik seiner eigenen Partei nicht. Denn es ist eben nicht die sächsische LINKE, die die Braunkohleverstromung ausbauen will, sondern die Staatsregierung! Seine Ignoranz gipfelte gar in der grotesken Behauptung, die DDR-Führung, die Flath wohl in der heutigen LINKEN zu erkennen glaubt, hätte – so sie es gekonnt hätte – „ohne Rücksicht auf Verluste ganz Sachsen abgebagert“. Kommunisten fressen also nicht nur Kinder, sondern ganze Landschaften – so sieht die schöne einfache Welt des Herrn Flath aus. Eine Antwort auf die Frage, was das alles mit Energiepolitik im Jahre 2011 zu tun hat, blieb er – wenig überraschend – schuldig.

DIE LINKE bleibt dabei: Die Braunkohleverstromung darf in Sachsen nur noch eine kurze Zukunft haben! CDU und FDP jedoch wollen die Braunkohle wieder stärker für die Energiegewinnung nutzen, neue Kraftwerke bauen und Tagebaue errichten. Beim Abbagern von Landstrichen setzt die Staatsregierung also die DDR-Energiepolitik fort. Vielleicht findet sich ja auch ein Loch, in dem Herr F. vor Gram versinken kann. PHK

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenauplatz 1
01067 Dresden
Telefon 0351/493-5800,
Fax 0351/493-5460
E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Wie halten es LINKE mit der Trennung von Staat und Kirche?

Am 9. Mai 2011 lud die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag zum 3. DENKwerk_LINKS in das Restaurant „Kahnaletto“ auf den Dresdner Theaterkahn ein. Die thematischen Veranstaltungen haben in kurzer Zeit ein Stammpublikum erreicht, das die Diskussionsangebote mit „Toskana-Flair“ zu schätzen weiß. Der von CDU und FDP beschlossene sächsische Haushalt 2011/12 bescherte u. a. dem Kultur- und Bildungsbereich erhebliche Kürzungen, während sich die Kirchen wachsender Staatszuschüsse erfreuen können. Dies nahmen der Fraktionschef der LINKEN, Dr. André Hahn, und Prof. Gerhard Besier, wissenschaftspolitischer Sprecher der Fraktion und „Spiritus rector“ des DENKwerk_LINKS zum Anlass, mit Experten über die Frage zu diskutieren: „Brauchen wir eine Neubestimmung des Verhältnisses von Staat und Kirche in Sachsen?“.



Tauer aus Leipzig, der Namensgeber der Veranstaltungsreihe.

Wer einen handfesten Religionsstreit zwischen dem bekennenden Christen Richter – er war katholischer Priester und bis 1997 Jugendseelsorger in Dresden – und dem Atheisten Frerk erwartete, sah sich (vielleicht) enttäuscht. Es ging nicht um das weltanschauliche BEKENNTNIS, sondern vor allem ums liebe GELD! Das nahm nicht Wunder, denn Anlass der Diskussion waren ja die – von Bundesland zu Bundesland stark variierenden – Staatsleistungen an die Kirche. Außerdem sorgte die Mitfinanzierung des 33. Evangelischen Kirchentages in Dresden für kritische Fragen.

In der regen Diskussion, an der sich viele Zuhörer ebenso aktiv wie kon-

trovers beteiligten, ging es dann doch auch um Bekenntnisse: Wie halten es linksorientierte Menschen mit dem Verhältnis zu religiösen Organisationen, sind die Kirchen aus historischen Gründen nicht nur ein „Verein“ neben anderen? Und wie lassen sich die Trennung von Staat und Kirche einerseits und der Respekt vor weltanschaulichen Überzeugungen einschließlich Glauben andererseits unter einen Hut bringen?

Vielleicht erklärt sich beim nächsten Mal auch ein Repräsentant der Kirchen bereit, der Einladung zu einem solch heiklen Thema zu folgen. Denn im DENKwerk_LINKS wird Mut belohnt – durch einen anregenden Abend in entspannter südländischer Atmosphäre.

Schulfrei für die Bundeswehr

Das Staatsministerium für Kultur und Sport hat eine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr geschlossen. Diese muss sofort aufgelöst werden, forderte Cornelia Falken, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, in der Aussprache zum eigenen Antrag (Drucksache 5/5301). Die Gründe liegen auf der Hand: Die Vereinbarung widerspricht den Grundsätzen schulischen Lehrens, insbesondere im Bereich der politischen Bildung. Fragen der Friedens-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik gehören in die Hände von pädagogischen Fachleuten und nicht in die Hände von Jugendoffizieren! Lehrkräfte müssen souverän entscheiden können, ob sie für ihren Unterricht externen Sachverstand hinzuziehen wollen oder nicht. Sie brauchen dazu keine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr, die letzterer einseitig die Möglichkeit gibt, an den Schulen zu agieren. Denn Friedensorganisationen und Insti-

tutionen, die mit Friedenskonzepten arbeiten und diese selbstverständlich in den Schulen darstellen sollten, haben diese Möglichkeiten nicht. Die Schule ist kein Ort für die Rekrutierung von Bundeswehrosoldatinnen und -soldaten! In der Sächsischen Verfassung heißt es im § 101: „Eltern bestimmen die Bildungs- und Erziehungsziele ihrer Kinder.“ Was aber, wenn Eltern ihren Kindern die Teilnahme an die-

sem Unterricht versagen wollen? Der Kultusminister schiebt die Verantwortung an die Schulleiter ab: „Die Schulleiter können darüber entscheiden, ob die Schüler an dem Unterricht teilnehmen müssen oder nicht.“ Eine klare Regelung sieht anders aus. Deshalb forderte die Fraktion DIE LINKE die Staatsregierung auf, die Kooperationsvereinbarung aufzukündigen! Die Landtagsmehrheit lehnte das ab.

